



Energiedialog jetzt!



Wenn etwas die Notwendigkeit eines gründlichen Energiedialogs in Brandenburg bestätigt hat, dann die Landtagssitzung im Juli mit all ihrer Widersprüchlichkeit. Rund 60 Prozent

der Bürgerinnen und Bürger favorisieren die im ersten Schritt erfolgreiche Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ – doch die Koalitionsmehrheit lehnte sie ab. Vor dem Landtag demonstrierte die IG Bergbau, Chemie und Energie für sichere Arbeitsplätze in der Braunkohle. Unmittelbar davor hatte sich der G8-Gipfel in Japan zu einer Halbierung des weltweiten CO₂-Ausstosses bis 2050 bekannt und der Gazprom-Chef Gaspreise von bis zu 500 Dollar angekündigt. Und die Union betreibt den Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg. Erste, äußerst zaghafte Anzeichen für einen Energiedialog, wie wir ihn vorschlagen, gibt es: von Vattenfall, von führenden Wissenschaftlern, von SPD-PolitikerInnen. Und von der Volksinitiative sowieso. Dennoch hat die Koalition den Versuch unternommen, gerade diesen aus der betroffenen Region kommenden Partner „weg zu be-

schließen“. Das kann nicht funktionieren. Hauptargument der Gegner der Volksinitiative: Mit deren Vorschlägen könne das energiepolitische Gleichgewicht zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt- und Klimaverträglichkeit nicht erhalten werden. Natürlich: Für einen stabilen Energiemix der Zukunft und für die Zukunft der Lausitz ist mehr nötig als nur ein Gesetz gegen neue Tagebaue, wie es die Volksinitiative durchbringen will. Deswegen sagt sie ja auch zugleich: Für eine zukunftsfähige Energiepolitik! Und deswegen sagen wir: Energiedialog jetzt – und zwar auch mit der Volksinitiative, die wohl den Schritt zum Volksbegehren gehen wird! Prüfen wir doch, ob tatsächlich wieder Dörfer abgebaggert werden müssen – obwohl Manfred Stolpe das Gegenteil versprochen hatte! Prüfen wir doch, wie Brandenburg beim CO₂-Ausstoss mit den internationalen Vereinbarungen Schritt halten kann. Prüfen wir doch, wie wir die künftige Braunkohlen-Verstromung verbindlich an die noch in der Entwicklung steckende Technologie zur CO₂-Abscheidung binden können – schließlich will niemand den Ausstieg von heute auf morgen! Und beraten wir, wie Brandenburg der Absicht der Bundesregierung (wie auch der LINKEN und der Volksinitiative) gerecht werden kann, bis 2050 die Energiegewinnung aus Braunkohle auf ein Rest-Minimum zu senken bzw. völlig einzustellen.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende

„Bildung in Deutschland 2008“

Der zweite nationale Bildungsbericht und seine Konsequenzen für Brandenburg war das Thema einer Aktuellen Stunde, die von der Fraktion DIE LINKE beantragt wurde. Der Bericht hat erneut eine sehr zwiespältige Bilanz über das deutsche Bildungssystem gezogen. Wenigen ermutigenden Entwicklungen stehen nach wie vor gravierende Defizite gegenüber, wie u.a. die Kopplung des Bildungserfolgs an die soziale Herkunft, eine zu hohe Quote von Schulabbrechern, eine zu geringe Studiennachfrage, eine Stagnation der Weiterbildungsbeileiligung. Diese Defizite betreffen auch das Brandenburger Schulsystem. Brandenburg bleibt bei vielen Indikatoren des Bildungsberichtes weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Es hat z.B. bei den 19- bis 25-jährigen mit nur 37,6 Prozent die niedrigste Bildungsbeteiligungsquote aller Bundesländer und mit 10,7 Prozent eine der höchsten Quoten bei den Schulabgängern ohne Abschluss (Bundesdurchschnitt 7,9 Prozent). 93,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen verlassen in Brandenburg die Schule ohne Abschluss. Ein ernstes Signal, um über die Zukunft der Förderschulen und den integrierten Unterricht nachzudenken.

Die Teilnehmerzahl an öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit ist stark rückläufig. Ganz prekär ist die Situation bei den Lehrkräften. Nur 0,3 Prozent der Lehrkräfte ist jünger als 30 Jahre, im Bundesdurchschnitt sind es 3,9 Prozent und nur 13,2 Prozent sind zwischen 30 und 40. Brandenburg braucht also dringend Lehrernachwuchs, doch die Landesregierung ist nicht bereit, den Einstellungskorridor zu erhöhen und bildet zu wenig Lehrer aus. Diese Defizite sollten Anlass genug sein, die Weichen in der Bildungspolitik neu zustellen. Doch die Landesregierung macht genau das Gegenteil – viele Neuerungen im Bildungsbereich haben dazu geführt, dass Bildungserfolg oder -misserfolg auch in Brandenburg noch stärker von der sozialen Herkunft abhängen.

Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin

Koalition lehnt antifaschistische Klausel ab



Mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg haben wir die Einfügung eines Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in die

brandenburgische Landesverfassung in den Landtag eingebracht. Trotz harter Repressionsarbeit gegen offene neonazistische und gewaltbereite Kräfte, trotz Verbot neonazistischer Kameradschaften, trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen und ihrer Bündelung im landesweiten „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“, trotz des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung setzen rechtsextremistische Kräfte ihre Aktivitäten fort. Sie versuchen sie weiter auszubauen und finden in Brandenburg einen Nährboden dafür. Darum sieht DIE LINKE es als erforderlich an, eine grundlegende Orientierung für das Handeln aller staatlichen Institutionen in der Verfassung fest zu schreiben, um so das notwendige gemeinsame Agieren gegen Erscheinungen des Rechtsextremismus zu unterstützen.

In einer Scheindebatte wünschten sich die Vertreter der Koalition ein gemeinsames Agieren gegen den Rechtsextremismus, waren aber selbst nicht in der Lage, wenigstens einer Überweisung des Gesetzentwurfes

zur Beratung in die Ausschüsse zuzustimmen. Statt dessen wurden Verfahrensfragen vorgeschoben und die CDU konnte sich wieder mit ihrer Haltung durchsetzen, keinen Anträgen zuzustimmen, die von der LINKEN kommen. So wurde die Chance vertan, durch eine konkrete verfassungsrechtliche Regelung richtungsweisend für das Handeln aller staatlichen Institutionen sowie der Bürgerinnen und Bürger tätig zu werden.

*Dr. Andreas Bernig,
Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg*



Wohnen im Land Brandenburg

Die von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Große Anfrage war Ausgangspunkt einer parlamentarischen Debatte und gleichzeitig eine gute Gelegenheit, sich mit den wohnungspolitischen Strategien der Landesregierung auseinander zu setzen. Die Landesregierung bewertet die Wohnungsversorgungssituation grundsätzlich positiv, obwohl die Versorgungsquote von WBS-Inhabern mit Dringlichkeit bei lediglich ca. 50% liegt. Die Forderung des alten Fritz, „ein Viertel des Monatslohnes für die Miete“ wird in Brandenburg deutlich überschritten und liegt bereits bei 30%. Dabei werden die Wohnkosten angesichts der explodierenden Energiepreise in den nächsten Jahren weiter steigen. Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen stellen ca. 30% des Gesamtwohnungsbestandes im Land und gewähren ihren Mietern einen durchschnittlichen Mietpreisvorteil von ca. 1 €/qm gegenüber anderen Wohnungs-



anbietern am Markt. Sie bilden somit das Rückrad für eine ausgewogene Wohnungspolitik im Land. Wohnungsprivatisierungen sind nicht die Zukunft der Wohnungspolitik. Es sind bundeseinheitliche Regelungen zu den Kosten der Unterkunft für Hartz IV Betroffene erforderlich. Die Altschulden belasten die wirtschaftliche Situation der Wohnungsunternehmen enorm. Viele Wohnungsunternehmen müssen teilweise 1 € aus den Mieteinnahmen aufwenden, um diese Altschulden zu bedienen. Zusammenfassend ist festzustellen: Auf diesem für alle Menschen unseres Landes existentiellen Politikfeld gibt es noch viel zu tun. DIE LINKE steht dabei an der Seite der Betroffenen.

*Helga Böhnisch,
Sprecherin für Stadtentwicklung,
Bau- und Wohnungspolitik*

Verjährungsverlängerung hilft Altanschießern nicht

Auf Druck der Fraktion DIE LINKE brachte die Landesregierung den angekündigten Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Damit wird die Festsetzungsfrist für Herstellungsbeiträge bis mindestens 2011 verlängert. Das eigentliche Problem aber verschiebt die Landesregierung nur weiter in die Zukunft. Denn nach wie vor werden Altanschießer mit Herstellungsbeiträgen belastet, obwohl sie teilweise seit Jahrzehnten an zentrale Abwasseranlagen angeschlossen sind. DIE LINKE will mit ihrem Änderungsantrag erreichen, dass der Zeitraum der Verjährungsverlängerung dazu genutzt wird, eine umfassende Lösung für die Altanschießer zu finden. Die betroffenen Altanschießer sollen durch die Verjährungsverlängerung aber auch nicht benachteiligt werden. Als erster Schritt zu einer Entlastung der Altanschießer sollen die Forderungen, die 2003 einmal verjährt waren, nun auch

verjährt bleiben. Ein Wiederaufleben darf nicht mehr möglich sein. Dieser Antrag wird zusammen mit dem Gesetz im September im Innenausschuss beraten werden.

Mit dem Zweiten Kommunalen Entlastungsgesetz änderte die Koalition aus SPD und CDU 2003/2004 gegen die Stimmen der damaligen PDS das Kommunalabgabengesetz dahingehend, Beitragsausfälle bei den Aufgabenträgern zu verhindern. Die Gemeinden und Zweckverbände sollten auf diese Weise finanzielle Spielräume erhalten. Das war die Grundlage dafür, dass bereits damals verjäherte Forderungen für Herstellungsbeiträge von Altanschießern unbestimmt in die Zukunft verschoben wurden. Damit ist das gesamte Problem potenziert worden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher*

Wachsende Kinderarmut zwingt zum Handeln

Ende Januar hatte die Linksfraktion eine Große Anfrage zum Thema „Armut bei Kindern und Jugendlichen – Strategien zur Bekämpfung und Prävention“ an die Landesregierung gerichtet. Über die Antwort debattierte jetzt der Landtag. Nicht nur die materielle Armut von Kindern ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Mit Hartz IV hat sich die Zahl armer Kinder bundesweit verdoppelt. Ganz deutlich werden auch Zusammenhänge erkennbar: Armut wird in hohem Maße vererbt. Armut hat sehr stark strukturelle Ursachen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und den individuellen Bildungschancen sowie der gesundheitlichen Entwicklung. Und: in kaum einem anderen Land sind gerade diese Zusammenhänge so deutlich ausgeprägt wie in Deutschland. Auch wenn sich die Landesregierung vielfach nicht in der Lage gesehen hat, Daten zu liefern, sind diese Zusammenhänge auch in Brandenburg sichtbar. Nimmt man z.B. die Befreiung vom Eigenanteil für den Erwerb von Schulbüchern als Indiz für soziale Benachteiligung oder Armut, wird das überdeutlich. Der Anteil der vom Eigenanteil befreiten Schülerinnen und Schüler beträgt an den Förderschulen 32,3 %, an den Oberschulen 17,9 %, an Gesamtschulen 9,6 % und an den Gymnasien 2,8 %. Ohne Zweifel startet die Landesregierung

viele Projekte, die Familien und Kinder ansprechen und erreichen sollen. Das ist auch richtig. Aber sie tut kaum etwas, um die Verhältnisse zu ändern. Ohne strukturelle Veränderungen wird es nicht gehen. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken, verlangt nach Auffassung der Linken, dass die Landesregierung eine ganze Reihe von politischen Fehlentscheidungen rasch korrigiert. Solche Fehlentscheidungen waren z.B. die Einschränkung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz und die Erhebung von Elternbeiträge für die Fahrt zur Schule. Seit Monaten wird bundesweit über eine Anhebung der Leistungen für Kinder, die von Hartz IV leben, diskutiert. Von einem spezifischen Kinderregelsatz ist die Rede. In der Tat ist hier ein gänzlich anderes Verfahren nötig. In den jetzigen Leistungen ist für Schulbedarf nichts, für Gesundheit und Freizeit viel zu wenig enthalten. Galoppierende Preise für Lebensmittel und Energie tun ein übriges. Dennoch lassen reale Schritte immer noch auf sich warten. Kinder und Jugendliche haben diese Zeit nicht mehr.

*Birgit Wöllert,
sozial- und gesundheits-
politische Sprecherin*

Landeswaldeigentum sichern!

Die Forstreform ist in eine Phase geraten, in der an den Kürzungsvorgaben nicht mehr gerüttelt wird: 1.000 Stellen streichen, Landeswaldbewirtschaftung ohne Zuschuss bis zum Jahr 2015. Die Umsetzung ist durch viele Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Der letzte Stand sieht die Umwandlung der Landesforstverwaltung in einen Forstbetrieb vor. Gleichzeitig ist eine Reduzierung der Ämter für Forstwirtschaft von 10 auf 3 und eine Reduzierung der Oberförstereien von 72 auf 42 im Gespräch. Fakt ist, Bürgerinnen und Bürgern aber auch der Holzindustrie werden weniger kompetente Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen die Aufgabengebiete Landeswaldbewirtschaftung, Privatwaldbetreuung und hoheitliche Verwaltungsaufgaben „entflochten“ werden. Das führt letztlich zu Doppelzuständigkeiten auf der Fläche. DIE LINKE kritisiert ebenfalls, dass erst die Kürzungsvorgaben beschlossen werden und danach über die

Umsetzung diskutiert wird. Die Kürzungen sind derart gravierend, dass auch die Aufgabenerfüllung auf den Prüfstand muss. DIE LINKE fordert den Erhalt und die Sicherung der Gemeinwohlleistungen. Parallel zum Forstreformprozess läuft das zehnjährige Veräußerungsverbot des Landeswaldes aus. Ganz klar, dass die Beschäftigten 1 und 1 zusammenzählen und befürchten, dass mit der Verwaltungsreform ein Begehren zur Veräußerung des Landeswaldes einhergeht. Das war Anlass für DIE LINKE erneut vom Landesparlament ein Bekenntnis zum Landeswald zu fordern – vergeblich. Die Abgeordneten der Regierungskoalition vertrauen der Absichtserklärung der Landesregierung, nicht verkaufen zu wollen. Dann hätte man sich aber auch im Parlament dazu bekennen können – meint DIE LINKE.

*Kornelia Wehlan,
Sprecherin für Agrarpolitik und Ländliche
Entwicklung*

Mehr Personal für Kitas

Nachdem die Koalition unseren Antrag „Programm zur Verbesserung der strukturellen Bedingungen in den Kindertageseinrichtungen“ auf der Landtagssitzung im Mai abgelehnt, in der Debatte aber zugegeben hat, dass die Personalausstattung in den Kitas verbessert werden müsste, hat sich die Fraktion DIE LINKE entschlossen, im Juli eine Kita-Gesetzänderung in den Landtag einzubringen. Wir fordern eine Aufstockung des Personalschlüssels um jeweils 0,2 Stellen einer pädagogischen Fachkraft für die verschiedenen Altersgruppen und für die verlängerten Betreuungszeiten.



Wir sind uns dessen bewusst, dass diese minimale Verbesserung des Personalschlüssels längst nicht das ist, was eigentlich nötig wäre – es wäre aber ein erster kleiner Schritt und eine kleine Erleichterung und Hilfe für die ErzieherInnen vor Ort. Und es wäre der Beweis, dass es „der Politik“ wirklich ernst ist mit dem Bildungsauftrag der Kitas und der Verbesserung von Bildung und Betreuung unserer Jüngsten.

Da wir uns der finanziellen Situation des Landes durchaus bewusst sind und eben nicht durch und durch Populismus betreiben, wie uns die Koalition immer vorwirft, haben wir uns zu diesem kleinen Schritt entschlossen, wohl wissend, dass ihm dringend und so schnell wie möglich weitere folgen müssen. Die entsprechenden finanziellen Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro haben wir in den Nachtragshaushalt, dessen 2. Lesung ebenfalls auf der Sitzung im Juli stattfindet, eingestellt. Leider stieß beides bei der Koalition auf Ablehnung.

*Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin*

Halbherzige Wasserrettung

Gegen die Stimmen der Linken wurde ein neues Rettungsdienstgesetz verabschiedet. Über eine ganze Reihe von Regelungen bestand Einigkeit. Leider schreckt die Koalition aber vor möglichen weitergehenden Reformschritten zurück. Besonders bedauerlich ist das mit Blick auf die berechtigten Belange der Wasserrettung. Hier waren SPD und CDU lediglich bereit, für einen kleinen Teil der Einsätze eine Vergütung einzuführen. Zum Tragen kommt dies nur, wenn ein Verunglückter im Krankenhaus oder vom Notarzt weiterbehandelt werden muss. Niemand erwartet davon einen nennenswerten Finanzierungsbeitrag. Insbesondere die hohen Vorhaltekosten bleiben völlig unberücksichtigt. Der Vorschlag der Linken, durch eine gemeinsame Finanzierung von Land, Kreisen und Krankenkassen die notwendigen Mittel zu mobilisieren, wurde

nicht angenommen. Brandenburg wirbt als Land des Wassertourismus. Die Gewährleistung von Sicherheit auf dem Wasser bleibt aber auch in Zukunft leider maßgeblich von Spenden abhängig.

Die Koalition hat sich zudem einer Neuordnung der Gebührenfestsetzung verweigert. Diese bleibt weiterhin fest in der Hand der Kreise, obwohl die Finanzierung am Ende durch die Krankenkassen erfolgt. Logisch wäre es deshalb, den Kassen zumindest ein Verhandlungsrecht einzuräumen, wie dies auch in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist. Auch diesen Schritt wollte die Koalition nicht gehen.

*Birgit Wöllert,
sozial- und gesundheits-
politische Sprecherin*

Für soziale Energiepreise!

DIE LINKE forderte die Landesregierung auf, sich für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen auf Bundesebene einzusetzen (vgl. DS 4/6448). Die sichere und bezahlbare Energieversorgung ist eines der aktuellen politischen Themen. Rasant steigende Strom- und Gaspreise sowie die neuen Rekordmarken bei Preisen von Mineralöl haben starke negative Folgen. Betroffen sind viele private Haushalte, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung und die Konjunktur. Diese Preisentwicklung können einkommenschwache Haushalte nicht mehr durch Verhaltensänderungen, wie Energiesparen, auffangen. Sie geraten zunehmend in existenzielle Bedrängnis. Statt monate-

lang nur über Sozialtarife zu reden, fordern wir steuerliche Instrumente zu schaffen, damit die Haushalte bei den steigenden Energiekosten entlastet werden können. Darüber hinaus forderten wir mit unserem Antrag Vorschläge zur Entkopplung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl zu unterbreiten sowie den Ausbau von ordnungspolitischen Maßnahmen für eine verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen. Nur so können Preissprünge sowie eine Kartellbildung verhindert werden.

*Renate Adolph,
verbraucherpolitische Sprecherin
Ralf Christoffers,*

Willkommen in der Fraktion -



Nicole Korke ist unsere neue Mitarbeiterin. Die „Azubi“-Zeit ist vorbei - offiziell heißt ihr Abschluss: „Kauffrau für Bürokommunikation“. Seit 25. Juni arbeitet Nicole Korke als Verstärkung an der Seite von Heike Rohmann im Vorzimmer der Fraktionsvorsitzenden und des Parlamentarischen Geschäftsführers. Vor drei Jahren wurde Nicole aus einem Pool von 15 Bewerberinnen ausgewählt und setzte sich auf die Schulbank. Aber nicht nur sie. Auch Heike Rohmann, die Nicole in ihrer Ausbildung unterstützte, hat sich dafür zur Berufsausbildeterin qualifiziert. Glückwunsch an das neue Team!

*Christian Görke,
Parlamentarischer Geschäftsführer*



Anträge der Fraktion

Gesetzentwürfe

- Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes
- Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg

Anträge

- Kulturelle Bildung im Land Brandenburg: Erarbeitung einer ressortübergreifenden Konzeption mit dem Schwerpunkt Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche
- Entwicklung und aktuelle Situation der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg
- Eigentum Landeswald dauerhaft sichern
- Begrenzung des Versandhandels mit Arzneimitteln
- Gegen den Abbau von Standards im gesetzlichen Jugendarbeitsschutz
- Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen

Änderungsanträge

zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2008/2009

- Einzelplan 05: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft
- Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung
- Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Änderungsantrag DS 4 /6474

- zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Drittes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg“

Entschließungsantrag DS 4/6484

- zum Bericht der Landesregierung (DS 4/6292) „Energierstrategie 2020 des Landes Brandenburg“